

Fachartikel A4

Notfall-Maßnahmen zur Rettung der kommunalen Finanzen

Sabine Schröder, Stand: 26.03.26 V2 – Artikel (05)

Gliederung/Inhalt:

Inhalt

1. Ausgangslage	1
2. Finanzielle Soforthilfen durch Bund und Länder	1
3. Entlastung durch veränderte Aufgabenzuschnitte und effizientere Prozesse	3
4. Strukturelle Reformen (ergänzend zu den Sofortmaßnahmen).....	4
5. Quellenverzeichnis.....	6
Weitere Begleittexte UmSteuern Kommunal.....	8

1. Ausgangslage

Die finanzielle Unterversorgung der Kommunen in Deutschland ist ein akutes Problem – viele Städte, Gemeinden und Landkreise erreichen keine ausgeglichenen Haushalte mehr, da Ausgaben insbesondere für Sozialleistungen, Infrastruktur und Pflichtaufgaben stark gestiegen sind, während Einnahmen nicht in gleichem Maße gewachsen sind. 2024 betrug das kommunale Haushaltsdefizit 24,8 Milliarden Euro – der höchste Wert der bundesdeutschen Geschichte, im Jahr 2025 wird mit über 30 Milliarden Euro gerechnet. Gleichzeitig gibt es einen Investitionsstau von über 215 Milliarden Euro bei Schulen, Straßen etc. In dem Artikel werden die verschiedenen in der Debatte vorgetragene kurzfristig wirkenden Lösungsansätze aufgezeigt, um Kommunen spürbar zu entlasten und finanzielle Spielräume zu schaffen. Ergänzende strukturelle Ansätze werden im vierten Kapitel skizziert.

2. Finanzielle Soforthilfen durch Bund und Länder

Die Situation einiger Kommunen ist im hohen Maße angespannt, so dass nicht auf mittel- bis langfristig wirkende Maßnahmen gewartet werden kann. Daher werden kurzfristig vielfach Soforthilfen durch Bund oder Länder gefordert. Knackpunkt ist, dass direkte finanzielle Hilfen des Bundes an die Kommunen nicht mit der Verfassung vereinbar sind, wie ein Gutachten ergab. Hierfür ist eine Änderung des Grundgesetzes (Art. 143h) und eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag und Bundesrat notwendig. Der Bundestags-Fraktion die Linke hatte dazu einen Gesetzentwurf eingebracht (Bundestag 2025).



Starke Kommunen – das Herz der Demokratie schlägt vor Ort

Altschuldenregelung

Die Ampelregierung hatte eine Grundgesetzänderung geplant, um gemeinsam mit den Ländern hochverschuldete Kommunen vollständig von ihren übermäßigen Alt-schulden zu befreien, die jedoch durch das vorzeitige Ende der Koalition nicht um-gesetzt werden konnte. Im Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung wurde zur Lösung der kommunalen Altschuldenproblematik vereinbart, dass sich der Bund mit 250 Millionen Euro pro Jahr an Maßnahmen der Länder zur Hälfte beteiligt, die bereit sind, ihre Kommunen durch Übernahme übermäßiger Kassenkredite zu ent-lasten. Gleichzeitig will der Bund im gleichen Zeitraum die Geberländer im bundes-staatlichen Finanzausgleich um 400 Millionen Euro pro Jahr entlasten. Eine Umset-zung des Vorhabens erfolgte bisher nicht.

Einige Bundesländer haben zwischenzeitlich eigene Gesetze verabschiedet und umgesetzt, um die Kommunen beim Abbau von Altschulden zu unterstützen. Bei-spielsweise hat das Land Nordrhein-Westfalen Ende 2025 die anteilige Entschul-dung von 167 Kommunen bewilligt. Insgesamt übernimmt das Land kommunale Verbindlichkeiten in Höhe von rund 8,9 Milliarden Euro in die Landesschuld, davon profitieren 167 Kommunen. Jede teilnehmende Kommune wird dabei mindestens von 41,1 Prozent ihrer übermäßigen Liquiditätskredite entlastet; besonders hoch verschuldete Kommunen profitieren darüber hinaus von einer vollständigen Über-nahme weiterer Belastungen oberhalb von Pro-Kopf-Schulden in Höhe von 1.500 Euro (Land NRW 2025). Die Altschuldenreglung löst jedoch nicht das Problem der steigenden Ausgaben.

Soforthilfe für die Kommunen

Die Zunahme der kommunalen Aufgaben, aber auch deren schleichende Auswei-tung führt im Ergebnis dazu, dass insbesondere die Sozialausgaben der Kommu-nen seit Langem dynamisch ansteigen. Insbesondere die Bereiche der Eingliede-rungs- und Jugendhilfe sowie sind bestehen zunehmend hohe Verpflichtungen. Der Deutsche Städtetag fordert vor diesem Hintergrund, dass Bund und Länder eine finanzielle Soforthilfe vereinbaren, die etwa dem derzeitigen jährlichen Defizit der kommunalen Haushalte von 30 Milliarden Euro entspricht, um die aktuellen Finan-zierungslücken zu schließen.

Erhöhung des kommunalen Einkommensteueranteils von 15 auf 25 Prozent

Ein weiterer Vorschlag zu Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung ist die Erhö-hung des kommunalen Einkommenssteueranteils zu Ungunsten von Bund und Ländern von 15 auf 25 Prozent. Die Steigerung würde jährlich etwa 30 Mrd. Euro zusätzliche Einnahmen generieren und wäre konjunkturunabhängiger als die Ge-werbsteuer.

Anhebung des Anteils der Kommunen am Umsatzsteueraufkommen



Starke Kommunen – das Herz der Demokratie schlägt vor Ort

Um den Kommunen mehr Geld zukommen zu lassen, fordert der Städtetag die temporäre Anhebung des Anteils der Kommunen am Umsatzsteueraufkommen um 10 Prozentpunkte von 2,8 auf 12,8 Prozent, was eine jährliche Entlastung von 30 Milliarden Euro bringen könnte. Diese jährliche Soforthilfe sollte erst zurückgefahren werden, wenn andere Reformen wirken, die die Kommunen entlasten (Städtetag 2026). Die Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer brächte den Kommunen zudem eine sicherere und besser planbare Einnahmequelle als die Gewerbesteuer.

Progressive Kommunale Schuldenbremse (PKS)

Als ein weiteres Finanzierungsinstrument für die Kommunen wird die Progressive Kommunale Schuldenbremse (PKS) diskutiert, die als Ergänzung oder Alternative zur Altschuldenregelung genutzt werden kann. Damit soll den Kommunen ein zinsfreier und genehmigungsfreier Kreditrahmen in Höhe ihrer jährlichen Einnahmen bereitgestellt werden. Der Kreditrahmen soll die Kommunen in die Lage versetzen, aufgenommene Kredite zinsfrei umzuschulden und durch die Entlastung neue Investitionen zu tätigen.

Der PKS liegt die Einschätzung zugrunde, dass auf kommunaler Ebene teilweise eine zu schnelle Tilgung aufgenommener Kredite vereinbart wird, da die getätigten Investitionen zumeist deutlich länger abgeschrieben werden. Durch die Umschuldungen sollen längere (an den Abschreibungszeiträumen orientierte) Tilgungszeiträume erreicht werden und Mittel freigesetzt werden. Eine bundesweite PKS hätte einen zins- und genehmigungsfreien Kreditrahmen in Höhe von ca. 328 Milliarden Euro, wovon voraussichtlich 154 Milliarden Euro für das Umschulden und 174 Milliarden Euro für zusätzliche Investitionen eingesetzt würden.

Auch hierfür ist eine Grundgesetzänderung nötig, da der PKS nach bestehender Rechtslage nicht mit dem Konnexitätsprinzip und der Haushaltsautonomie von Bund und Ländern zu vereinbaren ist (Gemeinde Wiesenburg/Mark 2025, IW Köln 2026).

3. Entlastung durch veränderte Aufgabenzuschnitte und effizientere Prozesse

Weitere Vorschläge zur Entlastung setzen an deren Aufgabenzuschnitten und Arbeitsprozessen an.

Zentralisierung von Zuständigkeiten

Um Personal- und Verwaltungsaufwand zu reduzieren, könnten Kommunen einzelne Aufgaben abgeben, bei denen kein lokaler Ermessensspielraum besteht. In der aktuellen Diskussion wird beispielsweise hierbei häufig auf die die Dienstleistung der Kfz-Zulassung verwiesen oder auf kommunale Ausländerbehörden, die durch Zentralisierung von Dienstleistungen bei der internationalen Fachkräfterekrutierung auf Landes- und Bundesebene entlastet werden.



Starke Kommunen – das Herz der Demokratie schlägt vor Ort

Bürokratie und Prozesse vereinfachen und digitalisieren

Der Städtetag fordert, dass bürokratische Prozesse und Verfahren konsequent entschlackt und verzichtbare Vorgaben vermieden werden. Bei der Gesetzgebung sollte der praktische Vollzug mitbedacht werden. Neue Regelungen sollten demnach nur entstehen, wenn sie praxistauglich, digital umsetzbar und personell leistbar sind. Dokumentations- und Berichtspflichten sollten deutlich reduziert werden (Städtetag 2026).

Bündelung von Förderprogrammen und Pauschalisierung von Zuwendungen

In den Kommunen werden viele Ressourcen für die Nutzung von Förderprogrammen gebunden. Um Förderprogramm zu nutzen, müssen in den Kommunen Ressourcen zum Monitoring von Programmen, Antragsstellungen und Nachweispflichten vorgehalten werden. Allein für Maßnahmen des kommunalen Klimaschutzes existieren 300 Förderprogramme. Die Bündelung von Programmen und die Pauschalisierung – wie sie auch der Städtetag fordert – würde Ressourcen freisetzen und Handlungsspielräume eröffnen (BST 2025: 85).

4. Strukturelle Reformen (ergänzend zu den Sofortmaßnahmen)

Spitzenverbände wie der Deutsche Städtetag fordern, dass kurzfristige Entlastungen durch gleichzeitige Strukturreformen flankiert werden sollten, die die Ausgaben der Kommunen langfristig begrenzen bzw. ihnen neue Finanzquellen zugänglich machen.

Konnexitätsprinzip stärken

Ein zentrales von vielen politischen Akteuren formulierter Ansatz ist, die verfassungsrechtliche Finanzverantwortung neu zu justieren, damit Bund und Länder klare und dauerhafte Lastenteilungen schaffen können. Damit soll der Praxis entgegen gewirkt werden, dass Aufgaben an Kommunen delegiert werden, ohne eine ausreichende Finanzierung sicherzustellen. Das Konnexitätsprinzip "Wer bestellt, bezahlt auch" sollte für jede Aufgabenübertragung oder -ausweitung von Bund und Ländern gelten. Ohne einen vollständigen finanziellen und dynamisierten Ausgleich für die Kommunen sollten keine Beschlüsse mehr auf Bundes- und Landesebene gefasst werden.

Kommunale Wertschöpfungsteuer bzw. Gemeindegewerbesteuer

Aufgrund der starken Konjunkturabhängigkeit der Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmenquelle der Kommunen wird die Umwandlung der Gewerbesteuer in eine kommunale Wertschöpfungsteuer bzw. Gemeindegewerbesteuer mit (ebenfalls) eigenem Hebesatzrecht diskutiert. Diese würde nicht nur Gewinne, sondern auch Löhne, Zinsen und Mieten als Bemessungsgrundlage einbeziehen. Damit ließe sich die Steuerbasis verbreitern und ihre Konjunkturanfälligkeit reduzieren – da Lohnsummen stabiler sind als Unternehmensgewinne.



Starke Kommunen – das Herz der Demokratie schlägt vor Ort

Politische Mandatierung der Kommunen

Kommunen sind Teil des Staates, bilden jedoch keine eigenständige "dritte Ebene" neben Bund und Ländern, sondern sind staatsrechtlich Teil der Bundesländer. Um die politische Mitsprache von Kommunen zu stärken, wird empfohlen, ihnen eine Anhörungspflicht im Bundesrat zu ermöglichen, wenn sie von Beschlüssen oder Gesetzen betroffen sind.



Starke Kommunen – das Herz der Demokratie schlägt vor Ort

Attac Vorschlag zur Neuorganisation der Kommunalen Finanzierung

Attac legt mit dem Aktionstext „Steuerrevolution“ (Hentschel/Eibl 2024) ein weitgehendes Konzept zu Reform des Steuersystems inkl. der kommunalen Finanzierung vor, was in dem Buch „Das Herz der Demokratie schlägt vor Ort – mit Vorschlägen für eine alternative Aufgabenbestimmung und Finanzierung der Kommunen“ weiterentwickelt und konkretisiert wird (Hentschel/Beutler/Huber 2026). Kernanliegen ist es, die Rolle der Kommunen deutlich zu stärken und bei ihnen mehr Aufgaben anzusiedeln. Indem mehr Entscheidungen vor Ort getroffen werden und Menschen partizipieren können, soll die Demokratie gestärkt werden. Als Orientierung dienen skandinavische Länder, insbesondere Dänemark und die Schweiz. Angelehnt am Dänischen Modell würden sich die aufgrund neuer Aufgaben und einer besseren Finanzierung vorhandener Aufgaben die Einnahmen der Kommunen etwa verdoppeln. Als Haupteinnahmequelle sind die Einkommenssteuer bis zu einer definierten Einkommenshöhe und eine neue Gemeindeertragssteuer gesehen. Über die Mehrwertsteuer wird der Finanzausgleich auf kommunaler und Landesebene gesichert.

5. Quellenverzeichnis

Autor*innenpapier der Grünen: ENDLICH MACHEN – KOMMUNEN STÄRKEN Vorschläge für eine Politik, die Probleme löst file:///C:/Users/Sabine%20Schr%C3%B6der/Downloads/301025-AP-Endlich_machen-Kommunen_st%C3%A4rken-3.pdf

BST 2025: Kommunalen Finanzreport 2025, Hrsg: Bertelsmann Stiftung. <file:///C:/Users/Sabine%20Schr%C3%B6der/Downloads/Finanzreport2025.pdf>

Bundesfinanzministerium: Entlastung der Kommunen durch den Bund: https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Foederale_Finanzbeziehungen/Kommunal Finanzen/entlastungen-der-kommunen-durch-den-bund.html?

Bundestag 2025: Gesetzentwurf der Fraktion Die Linken <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw21-de-kommunen-1075220?>

Gemeinde Wiesenburg/Mark 2025: Konzeptpapier zur Einführung einer progressiven kommunalen Schuldenbremse (PKS), Projektteam „Aktive Regionalentwicklung“, <https://srek.wiesenburgmark.de/wp-content/uploads/2025/03/Konzeptpapier-zur-progressive-kommunale-Schuldenbremse-25.03.2025.pdf>

Hentschel/Eibl 2024: Steuerrevolution! Ein Konzept zur Rückverteilung von Reichtum, zu mehr Gerechtigkeit und Klimaschutz. Attac Basis Text 59, VSA Verlag.

IW Köln 2026: Ausgestaltung und Auswirkungen des Konzepts der Progressiven Kommunalen Schuldenbremse (PKS), https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Gutachten/PDF/2026/IW-Gutachten-Progressive-Kommunale-Schuldenbremse-PKS.pdf

Land NRW 2025: Pressemitteilung: Historische Entlastung für Kommunen: <https://www.land.nrw/pressemitteilung/historische-entlastung-fuer-kommunen-land-nordrhein-westfalen-wird-fast-neun>



Starke Kommunen – das Herz der Demokratie schlägt vor Ort

Projektteam „Aktive Regionalentwicklung“, Gemeinde Wiesenburg/Mark, Konzeptpapier zur Einführung einer PKS: <https://srek.wiesenburgmark.de/wp-content/uploads/2025/03/Konzeptpapier-zur-progressive-kommunale-Schuldenbremse-25.03.2025.pdf>

Städtetag 2026: Dresdner Impuls <https://www.staedtetag.de/presse/pressemeldungen/2026/staedte-beschliessen-dresdner-impulse>,

Städtetag 2025: Presseerklärung: <https://www.staedtetag.de/presse/pressemeldungen/2025/2026-muss-jahr-der-entlastung-der-kommunen-werden?>

Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages 2025: Fragen zum Konzept einer „Progressiven Kommunalen Schuldenbremse“, <https://www.bundestag.de/resource/blob/1134490/WD-4-051-25.pdf>



Starke Kommunen – das Herz der Demokratie schlägt vor Ort

Weitere Begleittexte UmSteuern Kommunal

Fachartikel und Präsentationen

- (01) Das Modell „Starke Kommunen“ - Aufgaben und Finanzierung (Kai Beutler, AKU)
- (02) Stufenmodell zur Einführung des Modell "Starke Kommunen" (Kai Beutler, AKU)
- (03) Investitionsbedarf der Kommunen und Finanzierungsmöglichkeiten (Robert Schumacher, AKU)
- (04) Gewerbesteuern - Funktionsweise und Missbrauch (Julian Becker, AKU)
- (05) Notfallmaßnahmen zur Rettung der kommunalen Finanzen (Sabine Schröder, AKU)
- (06) Fallstudie Köln (Kai Beutler, AKU)
- (07) Fallstudie Wiesenburg/Mark (Kai Beutler, AKU)
- (08) Kommunen in Dänemark - kleine Königreiche (Karen Solveig-Petersen)
- (09) Was für eine Bodensteuer spricht (Alfred Eibl, Attac-BAG Finanzmärkte und Steuern)
- (10) Bürgerräte: Demokratisch und wirksam (Roman Huber, Mehr Demokratie!)
- (11) Die Kommunen - Positionspapier (Attac-BAG-Finzen und Steuern)
- (12) Karl-Martin Hentschel: Wieso die Schweden gerne Steuern zahlen (Kapitel 6 aus „Von wegen alternativlos“, Europa-Verlag 2013)
- (13) Karl-Martin Hentschel: Notizen zur Geschichte der Kommunen als Keimzelle der Demokratie
- (14) Zwei Erklärungen zur Stärkung der Kommunen – 2026 und 2014